

Operation Lorbeer

Die Wissenschaft macht Druck bei der Gestaltung der Exzellenzinitiative und rüttelt am Gestaltungsprimat der Politik. Als strikte „Geheimsache“ haben die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Wissenschaftsrat ihren Bericht bei Bund und Ländern abgeliefert. Doch die Politik will sich nicht drängen lassen. Ein Lehrstück für Politstrategen.

von Karl-Heinz Reith



Foto: sanderstock/fotolia.de

Stattlich sieht er aus, dieser Lorbeerbaum. Er steht auf Madeira und bietet ein üppiges Reservoir für Siegerkränze. Die braucht auch Deutschlands Wissenschaft für die Exzellenzinitiative. Wer in der nächsten Runde wofür dann bekränzt wird, hängt von den Spielregeln ab. Und die gibt es noch nicht.

DFG-Präsident Peter Strohschneider spitzte die Lippen: „Fristgerecht“ hätten Deutsche Forschungsgemeinschaft und Wissenschaftsrat ihren datengestützten Bericht über die Exzellenzinitiative der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) vorgelegt – so wie von der Politik verlangt, berichtete Prof. Dr. Peter Strohschneider auf der DFG-Jahrespressekonferenz Anfang Juli in Berlin. „Mit Nachdruck“ – so hieß es später in der DFG-Pressemitteilung – habe Strohschneider von der Politik eine zügige und „wissenschaftsgeleitete Ausgestaltung“ der neuen Bund-Länder-Initiative zur Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative angemahnt. Schließlich seien noch so viele Fragen offen. Die jetzt Geförderten, aber auch jene, die sich um eine künftige Förderung bewerben wollten, bräuchten Planungssicherheit. Und so mache sich an den Universitäten nach Strohschneiders Worten mittlerweile schon „Nervosität“ breit. Dies schade aber der Wissenschaft.

Nicht nur Strohschneider, die gesamte Wissenschaftsszene macht gewaltig Druck auf die Politik. Und das auch nicht erst seit diesem Sommer. Schon im Oktober 2014 hatten die Rektoren und Präsidenten der geförderten sogenannten Eliteuniversitäten wie auch die Sprecher von Graduiertenschulen und Exzellenzclustern „eine belastbare wissenschaftspolitische Grundsatzentscheidung zur Fortführung der Exzellenzinitiative“ noch bis Jahresende verlangt.

Fieberkurve steigt

Die Eile ist begründet: Die aktuell laufende zweite Phase der Exzellenzinitiative zur Förderung von Spitzenforschung in Deutschland endet im Oktober 2017. Nach einem ersten Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern hatten sich die Fraktionsspitzen von Union und SPD im vergangenen April bei einer Klausur in Göttingen konkret darauf verständigt, für eine dritte Phase bis 2022 pro Jahr mindestens 400 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen – insgesamt also weitere vier Milliarden Euro. Die Haushalter der Koalitionsfraktionen gaben ihren Segen. Doch die Details

und die angestrebten Änderungen gegenüber den ersten beiden Förderphasen sind noch völlig offen. Bisher sind seit dem Start der ersten Initiative 2006 rund 4,6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt worden. 75 Prozent der Kosten entfallen auf den Bund, 25 Prozent tragen die Länder.

Die Sorgen und die Nervosität in der Wissenschaft sind zum Teil nachvollziehbar. Denn 2016 und 2017 stehen insgesamt acht Landtagswahlen und eine Bundestagswahl an. Und sollte die Fortsetzung der Exzellenzinitiative erst einmal in Wahlkampfauseinandersetzungen und Profilierungsversuche der Parteien geraten – wer weiß, was dann passiert, fragen sich viele Wissenschaftsfunktionäre besorgt. Hinzu kommt die unterschiedliche Interessenlage der 16 Bundesländer und des Bundes. Und noch nie wirkten Landespolitiker so stark in Berliner Kabinettsentscheidungen hinein wie in den Zeiten dieser großen Koalition von Union und SPD.

Doch es geht diesmal bei Weitem nicht nur um zeitlichen Druck. Wer in diesen Wochen die vielen Stellungnahmen, Vorschläge und Wunschlisten aus Wissenschaftsorganisationen wie Universitäten Revue passieren lässt, gewinnt schnell den Eindruck: Hier wird der Politik das Gestaltungsprimat bei der Exzellenzinitiative streitig gemacht. „Ich glaube, das ist nur partnerschaftlich lösbar“, mahnt der Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft Prof. Dr. Otmar Wiestler in einem Interview im Hausmagazin Helmholtz Perspektiven. Wiestler: „Es ist eine bemerkenswerte Erkenntnis aus der bisherigen Initiative, dass sie im Rahmen eines langfristigen Dialogs entstanden und weiterentwickelt worden ist.“

Über die Übergabe der umfangreichen Materialsammlung von DFG und Wissenschaftsrat über den bisherigen Verlauf der Exzellenzinitiative an die aus Bund- und Ländervertretern bestehende Gemeinsame Wissenschaftskonferenz befand sich auf der WR-Homepage bis Redaktionsschluss nur ein kleiner vierzeiliger Hinweis. Doch der

Bericht, wie er in einer entsprechenden Verwaltungsvereinbarung von Bund und Ländern verlangt wurde, hat es in sich – sowohl vom Umfang her wie auch inhaltlich. Dabei geht es zum einen um einen umfassenden Erfahrungsbericht von DFG und Wissenschaftsrat, die die Exzellenzinitiative im Auftrag von Bund und Ländern gemeinsam organisiert haben – und im Anhang dazu mehrere hundert Seiten Datenmateri-

„Ich glaube, das ist nur partnerschaftlich lösbar“

al. Zum anderen sieht die Szene mit Spannung und einer gewissen Unruhe dem zusätzlichen Bericht der Strategiekommision des Wissenschaftsrates entgegen. Darin geht es vorrangig um die geförderten Zukunftskonzepte aus der dritten Förderlinie der Exzellenzinitiative – was unter dem Schlagwort „Entwicklung von Elite-Universitäten“ vor allem medial für Furore sorgte. Erwartet wird zudem ein Gutachten des Berliner Politikberatungsunternehmens Prognos AG über die Graduiertenschulen und Exzellenzcluster.

Verlustängste an Universitäten

Auslöser der Unruhe an den geförderten Hochschulen sind unter anderem Überlegungen aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bei der neu zu gestaltenden dritten Förderlinie der Exzellenzinitiative die Zahl der zu prämierenden Zukunftskonzepte erheblich zu reduzieren: also künftig nur noch vier bis sechs Elite-Universitäten – statt wie derzeit elf. Das schreckt vor allem die Universitäten auf, die erst in der zweiten Förderphase der Exzellenzinitiative den „Elite“-Titel umgehängt bekamen. Innerhalb von nur fünf Jahren Laufzeit könne zwar ein Strukturwandel eingeleitet, aber noch nicht erfolgreich vollendet werden, so ihr Argument. „Wenn sich der Vorschlag



der Christdemokraten durchsetzt, hätten nur noch große Universitäten wie die Ludwig-Maximilians-Universität München oder die Freie Universität Berlin eine Chance“, fürchtet der Rektor der Bremer Universität, Professor Dr. Bernd Scholz-Reiter. „Kleinere und mittelgroße Universitäten wie Bremen oder Konstanz würden durch den Rost fallen“, sagte Scholz-Reiter dem Bremer Weser-Kurier.

Am Beispiel seiner Universität listet

Scholz-Reiter auf, wie der Exzellenz-Titel seiner Hochschule zusätzliches Renommee und Geld bringt: Allein durch das

Zukunftskonzept

erhalte die Universität Bremen zehn Millionen Euro pro Jahr zusätzlich. Dadurch würden derzeit 17 Professuren und 100 wissenschaftliche Mitarbeiter finanziert. Scholz-Reiter: „Das war wie ein Lichtkegel, der plötzlich auf uns gefallen ist.“ Zudem sei die Universität internationaler geworden und verfüge über einen höheren Frauenanteil. So hätten mit dem Titel mehr Forscher aus dem Ausland angelockt und mehr Frauen als Professorinnen gewonnen werden können.

Gefilterte Informationen

Weil auch in vielen anderen Universitäten die Neugier vor allem in Sachen Fortschreibung der dritten Säule extrem groß ist, gaben DFG und Wissenschaftsrat ihren Erfahrungsbericht und ihre Wunschliste zunächst nicht digital, sondern nur gedruckt auf den Postweg – um eine schnelle Weiterleitung und hochschulinterne Verbreitung zu unterbinden. Nicht wenige Wissenschaftsminister fürchteten anfangs zudem, eine öffentliche Debatte über die Inhalte des Berichtes könne eine präjudizierende Wirkung bei der politischen Entscheidungsfindung über die Neugestaltung der Exzellenzinitiative auslösen.

Doch Geheimsache hin, Geheimsache her: Bei ihrem Anfang September veröffentlichten „Förderatlas 2015“ machte die DFG die Exzellenzinitiative zum Schwerpunktthema. DFG-Generalsekretärin Dorothee Dzwonnek räumte bei der Präsentation vor den Medien ein, dass man damit in der laufenden Debatte über die Zukunft der Initiative einen weiteren „politischen Akzent“ setze – was den alle drei Jahre erscheinenden DFG-Förderatlas diesmal be-

sonders „sexy“ mache. Unterdessen beleuchten auf den ersten Blick einige Daten den von Kritikern der Exzellenzinitiative immer wieder befürchteten Matthäus-Effekt in der Hochschullandschaft („Denn wer da hat, dem wird gegeben ...“). So konnten allein die 14 Universitäten, deren Zukunftskonzepte in den zwei Förderphasen ausgezeichnet worden waren, 38 Prozent des gesamten Drittmittelkuchens von 6,7 Milliarden Euro auf sich vereinen. Das ist mehr als doppelt so viel, wie es dem Anteil der an diesen Universitäten tätigen Professorenschaft entspricht. Dennoch – so argumentiert die DFG – habe sich mit der Exzellenzinitiative in den vergangenen Jahren die Schere zwischen großen und kleinen beziehungsweise forschungstarken und forschungsschwächeren Universitäten insgesamt nicht weiter vergrößert, weil es im Gegenzug vielen kleineren Hochschulen erfolgreich gelungen sei, andere Drittmitteltöpfe anzuzapfen.

Politiker und Berater im Stresstest

Die Wissenschaftsminister von Bund und Ländern wollen sich bei der Entscheidung über das neue Förderkonzept von den Organisationen nicht unter Druck setzen lassen. Es bleibe bei dem in der GWK abgestimmten Fahrplan, betonte ein Sprecher des Bundesbildungsministeriums gegenüber dem duz MAGAZIN. Auf die Frage nach einem möglichen Übergangskonzept – sollte die neue Bund-Länder-Vereinbarung nicht bis Oktober 2017 unter Dach und Fach sein – versicherte der Sprecher, Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) wolle „in den Verhandlungen mit den Ländern auf eine nahtlose Anknüpfung hinwirken“. Gleichwohl seien die Verhandlungen wegen der unterschiedlichen Interessenlagen nicht einfach.

Ähnliches verlautete aus anderen Länder-Ministerien – wenngleich man dort eine „gewisse Unruhe“ unter den betroffenen Hochschulen nachvollziehen könne. Die GWK kommt erst Ende Oktober zur nächsten Sitzung zusammen.

Seit September 2014 leitet der Schweizer Umweltphysiker und Wissenschaftsmanager Professor Dr. Dieter Imboden eine internationale Expertenkommission, die im Auftrag der GWK die bisherige Exzellenzinitiative bewerten soll. Das Ergebnis soll kommenden Januar den Wissenschaftsministern von Bund und Ländern vorgelegt werden. „Wenn es schneller geht, ist es gut. Aber wir setzen die Kommission nicht unter Druck“, versicherte Wanka nach ersten Klagen aus der Wissenschaft über den langen

„Wie ein Lichtkegel, der auf uns gefallen ist“

ZIELE, ZAHLEN und BESCHLÜSSE: Die EXZELLENZINITIATIVE von Bund und Ländern in aller Kürze

Foto: photocreww/fotolia.de



Ein Sträußchen für die Wissenschaft und eines für die Politik: In den ersten beiden Runden der Exzellenzinitiative wurden die Lorbeeren geteilt.

Zuschussgeber

- **Finanzvolumen** Am 18. Juli 2005, also vor fast genau zehn Jahren, beschließen Politiker in Bund und Ländern mit der Exzellenzinitiative ein Milliardenprogramm zur Förderung von Spitzenforschung in Deutschland. Bis 2012 geben sie dafür 1,9 Milliarden Euro aus. Die zweite Programmphase, beschlossen am 4. Juni 2009, hat ein Gesamtfördervolumen von 2,7 Milliarden Euro.
- **Förderlinien** Die strategischen Ziele der Exzellenzinitiative sollen über drei projektbezogene Förderlinien erreicht werden. Mit Graduiertenschulen soll der wissenschaftliche Nachwuchs gestärkt werden, mit Exzellenzclustern die gemeinsame Spitzenforschung von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und mit der Förderlinie „Zukunftskonzept“ die Profilbildung von Universitäten.
- **Organisation** Für die Förderlinie „Zukunftskonzept“, also die sogenannten Elite-Universitäten, ist der Wissenschaftsrat (WR) verantwortlich, für die erste und zweite Förderlinie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG).
- **Strategie** Die im Wettbewerb vergebenen Zuschüsse sollen den Wissenschaftsstandort Deutschland insgesamt stärken und insbesondere die universitäre Forschung fördern. Das Programm ist als Eliteprogramm angelegt. Die Besten sollen weiter gestärkt werden.

Meilensteine

- **Vereinbarung** über die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern vom 18. Juli 2005
 Download <http://tinyurl.com/npfuber>
- **Bericht** der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative vom 18. Dezember 2008
 Download <http://tinyurl.com/q9wg4yp>
- **Vereinbarung** zwischen Bund und Ländern zur zweiten Phase der Exzellenzinitiative vom 24. Juni 2009
 Download <http://tinyurl.com/q4auhec>
- **Beschluss** der Regierungschefs von Bund und Ländern für eine neue Bund-Länder-Initiative (Nachfolge Exzellenzinitiative) vom 11. Dezember 2014
 Download <http://tinyurl.com/pag69mp>

Quellen: DFG-Förderatlas 2015/Wissenschaftsrat/GWK

Zuschussnehmer

- **Bewilligungen** 45 der insgesamt 110 antragsberechtigten Universitäten in Deutschland profitierten zwischen 2006 und 2017 von den Fördergeldern der Exzellenzinitiative. Von 14 Universitäten wurde das Zukunftskonzept prämiert. Derzeit können sich noch elf Hochschulen mit dem Titel „Elite-Universität“ schmücken. 17 Universitäten erhielten Fördergelder für zwei und mehr Graduiertenschulen oder Exzellenzcluster. 14 Universitäten bekamen den Zuschlag für ein Exzellenzcluster oder eine Graduiertenschule.
- **Personal** An den 45 ausgezeichneten Universitäten arbeiten knapp 150 000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Stand 2013). Das entspricht einem Anteil von zwei Dritteln am wissenschaftlichen Personal deutscher Hochschulen. Bezogen auf die Professuren liegt der Anteil bei 38 Prozent.



Foto rechts unten: jorgefranco/fotolia

Zeitplan: die nächsten Schritte

- **Januar 2016** Die von Prof. Dr. Dieter Imboden geführte internationale Experten-Kommission legt ihre Vorschläge zur Neugestaltung der Exzellenzinitiative vor. Vorher wollen sich die Wissenschaftsminister von Bund und Ländern öffentlich nicht zu den vielen Wünschen der Wissenschaftsorganisationen äußern – während die Bundestagsfraktionen von Union und SPD bereits an ihren Konzepten basteln.
- **Januar bis Dezember 2016** Im Laufe des kommenden Jahres führen Bund und Länder konkrete Verhandlungen. Nach bisherigen Erfahrungen ist mit einer Verabschiedung der neuen Bund-Länder-Vereinbarung nicht vor dem Jahrestreffen von Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten Ende Dezember 2016 zu rechnen.
- **Januar 2017** Die Ausschreibung zur Vergabe der Fördermittel der nächsten Runde der Exzellenzinitiative erfolgt.
- **Oktober 2017** Die aktuelle Förderphase der Exzellenzinitiative läuft aus.

Beratungszeitraum. Doch die Erwartungen an die Imboden-Kommission wachsen mit jedem neuen Einzelvorschlag – sei es aus der Wissenschaft oder auch aus den Koalitionsfraktionen. Denn während Wanka und auch die meisten Landesminister strikte Zurückhaltung üben, versuchen die Bundestagsfraktionen von Union wie SPD bereits ihre Vorstellungen abzustecken. „Wir wollen keine Breiten-, sondern eine Spitzenförderung“, sagte CDU-Fraktionsvize Michael Kretschmer dem Tagesspiegel – wohl in Abgrenzung zu Äußerungen aus der SPD. Sein Gegenpart, SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil, plädiert für ein „neues Format“. Die nunmehr vorhandene Exzellenz müsse gesichert und neue „gehoben“ werden. Ihm schweben zu fördernde regionale Verbünde und Netzwerke mit außeruniversitären Instituten, Fachhochschulen und der Wirtschaft vor, „bei denen Universitäten im Mittelpunkt stehen“.

Auch die Grünen mahnen zur Eile: „Ministerin Wanka und die Koalition können nicht die Hände in den Schoß legen, bis die Ergebnisse der Evaluation der Imboden-Kommission vorliegen“, sagt ihr Hochschulpolitiker Kai Gehring. Bisher sei gänzlich unklar, welche konkreten Ziele und eigene Ideen die Ministerin verfolge.

Konsens in Sicht?

Die DFG, zusammen mit dem Wissenschaftsrat entscheidende Organisatorin der Exzellenzinitiative, wollte ihrerseits nicht auf die Imboden-Vorschläge warten. Zur Weiterentwicklung der Initiative hatte Stroh Schneider die Einrichtung sogenannter „Exzellenzzentren“ als neues Förderinstrument ins Gespräch gebracht (duz MAGAZIN 03/2015, S. 30ff.). Mit ihnen sollen sich Universitäten „in ausgewählten Forschungsfeldern zu weltweit führenden Zentren der Spitzenforschung mit internationaler Ausstrahlung und Anziehungskraft entwickeln“. Als Fortschreibung der Cluster, in denen heute schon disziplinübergreifend zu einem Großthema geforscht wird, sollen die Zentren themen- und formatoffen angelegt sein.

Vorstellungen aus der Unionsfraktion nach übergreifenden Spitzenzentren wie auch der SPD nach regionalen Verbänden und Netzwerken lassen sich letztlich bei einem Kompromiss mit dem DFG-Konzept vereinen. Nachdrücklich plädiert Stroh Schneider für künftige Förderzeiträume von mehr als fünf Jahren, wobei er auch von anderen Wissenschaftsfunktionären

wie verschiedenen Wissenschaftspolitikern Unterstützung erfährt. Das aktuelle Tauziehen um die Zukunft der Exzellenzinitiative erklärt sich nicht zuletzt aus der Geschichte des bundesweiten Wettbewerbs. Erinnern wir uns an die Ausgangslage, in der die damalige Bundesforschungsministerin Edelgard Buhlmann (SPD) in den Jahren 2003 und 2004 den Anstoß für die Exzellenzinitiative gab. Universitäten wie Fachhochschulen befanden sich in einer radikalen Umbruchphase. Zunächst machten ihnen die bis 2003 ständig wachsenden Studierendenzahlen zu schaffen. Dem Anstieg folgte ein erster, damals für viele überraschender

„Nicht die Hände in den Schoß legen“

Einbruch bei den Anfängerzahlen. Einige Bundesländer und vor allem auch Hochschulrektoren liebäugelten mit Studiengebühren. Die Umstellung auf die Bachelor- und Master-Studiengänge bescherte in jener Zeit vor allem den Universitäten erhebliche Probleme, die ihre Studienordnungen nur halbherzig umgestellt hatten. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise führten zudem nicht nur beim Bund, sondern vor allem in den Ländern zu Kürzungen in den Bildungsbudgets.

Zugleich wuchs aber auch die Einsicht, dass angesichts des zunehmenden internationalen Wettbewerbs das Hochschulsystem und die universitäre Forschung neu aufgestellt werden mussten. Die bis dahin unterentwickelte Kooperationskultur zwischen Universitäten und außeruniversitärer Forschung sollte verbessert, die vielfach beklagte „Versäulung“ des deutschen Forschungssystems aufgeweicht werden.

Trotz der politischen Wirren um die vorgezogene Bundestagswahl brachten Bund und Länder ihre Verhandlungen über die Exzellenzinitiative 2005 zum Abschluss. Das Fördervolumen der ersten Phase (1,9 Milliarden Euro bis Oktober 2012) und auch der zweiten Phase (2,7 Milliarden bis Oktober 2017) empfanden viele in der Wissenschaft als wahren Geldsegen. Und genau daran möchten Universitäten und Forschungsorganisationen anknüpfen. ■

Karl-Heinz Reith
ist Journalist in Berlin.